

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstein Mal mit Ausgabe der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Zeitungspreis bei Bestellungen monatlich 20, durch andere Bezugsstellen in der Regel monatlich 20, auf dem Lande 25, durch die Post bezogen vierteljährlich 70, mit Zustellungsgebühr. Alle Postgebühren und Postkosten sowie andere Zustell- und Geschäftsgebühren nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle einer Abreise, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Zeitungslieferung wird auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Zeitungspreises.



Interaktionspreis 20, für die 6 getragene Korrespondenz oder deren Raum, Namen, die 2 tägliche Korrespondenz 20, die Wiederholung und Jahresauftrag entbehrender Preisnachlass. Zeitungsbestellungen im amtlichen Teil für den (Zustellung) die 2 getragene Korrespondenz 20, Nachmittags-Abgabe 50 Pf. Anzeigenpreise sind verhältnismäßig so hoch, für die Rückgabe der durch Fernruf übermittelten Ausgaben wird keine Garantie. Jeder Anzeigendruck erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rößig, für den Inseratenteil: Arthur Zschauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 206

Sonntag den 3. September 1922.

81. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

### Stockholzversteigerung Grillenburger Forstrevier.

Im „Sachsenhof“ bei Klingenberg sollen Sonnabend d. 9. September 1922 nachm. 4 Uhr: etwa 300 Raummeter seltene Stöcke von den Rahlschlägen in Abt. 43 und 63 gegen sofortige Bezahlung in kleinen Losen an Selbstverbraucher und unter den sonstigen vorher bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Forstrevierverwaltung Grillenburg und Forstrentamt Tharandt.

### Maul- und Klauenseuche.

Unter dem Viehbestande des Wirtschaftsbefizers Johann Hilbrand in Birkenhain Nr. 22 ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Als Sperrbezirk werden die Wirtschaften von Hilbrand und Bernhardt sowie das Hausgrundstück von Dietze in Birkenhain, als Beobachtungsgebiet der Orts- und Flurbereich der Gemeinde Birkenhain einschließlich der Bahnstation, als Schutzzone die Stadt Wilsdruff, die Gemeinden Grumbach, Helbigsdorf, Blankenstein, Schmiedewalde, Lohzen, Lampersdorf, Sora und Klipphausen mit Rittergut bestimmt.

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande des Erbgerichtsbefizers Kaiser in Grumbach ist erloschen.

Der Sperrbezirk und das Beobachtungsgebiet Grumbach werden hiermit aufgehoben, desgleichen die über Herzogswalde, Kesselsdorf und Raufbach verhängte Schutzzone. Meissen, am 31. August 1922. Nr. V B 69/V G 87 Die Amtshauptmannschaft.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Reichsregierung hat eine Reihe Einfuhrbeschränkungen für Luxuswaren beschlossen und u. a. die Einfuhrfreiheit für Koffertabak aufgehoben.

Um der Anapathie an Zahlungsmitteln abzuhelfen, will die Regierung Banknoten zu 50 000 und zu 100 000 Mark, zunächst in kleineren Mengen herausgeben.

Die Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten haben in dringender Form sofortige Verhandlungen mit der Regierung zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise gefordert.

In Oberswalde bei Berlin wurden von der Menge mehrere Geschäfte geplündert, wobei es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Die türkische Offensive an der kleinasiatischen Front erzielte weitere bedeutende Fortschritte.

### Die Entscheidung.

Ist es nun eine für Deutschland günstige oder eine ungünstige Entscheidung, zu der die Reparationskommission in Paris endlich, nach wochenlangem Hangen und Bangen, gekommen ist? Wenn man nur auf die äußeren Vorgänge achtet, müßte man sagen, daß Deutschland mit seinen notwendigen und nur allzu berechtigten Forderungen wieder einmal unterlegen ist, denn sein Antrag auf Eröffnung eines Moratoriums wurde mit zwei zu zwei Stimmen abgelehnt, und das gleiche Schicksal erfuhr mit 3 : 1 der Antrag des britischen Vertreters Bradbury auf Gewährung eines Moratoriums unter der Bedingung, daß eine strenge Finanzkontrolle über Deutschland eingeführt werde. Einstimmig wurde schließlich der belgische Vorschlag zum Beschluß erhoben, wonach die nächsten Zahlungen Deutschlands bis Ende dieses Jahres durch Schatzscheine gedeckt werden sollen.

Zwischen diesen einzelnen Abstimmungen scheint es ja doch nach allem, was bisher darüber bekannt geworden ist, in dem Sitzungszimmer des Reparationsausschusses sehr bewegte Szenen gegeben zu haben. Die Verhandlungen drohten mehrfach zu scheitern, und als Bradbury mit sofortiger Abreise nach London drohte, eilte Herr Dubois zu Poincaré, um diesem allerbesten der Entente-Götter die Gefahren des Augenblicks zu schildern. Mit dem Ergebnis, daß Frankreich seinen Entschluß nun doch einen Schritt zurückwich — und daß damit die unmittelbare Gefahr eines neuen gewaltsamen Vorgehens gegen Deutschland vermieden wurde. Und damit auch die unmittelbare Gefahr eines Zusammenbruchs der Entente, zu dem es also der französische Ministerpräsident nicht hat kommen lassen wollen. Inwieweit darf man von einer willkommenen Klärung der Lage sprechen. Herr Poincaré war nicht bereit, das Aushere zu wagen, und wenn er es bis zur entscheidenden Sitzung hundert- und tausendmal durch seine Agenten anständig ließ, so sollte damit eben wieder nur ein Druck auf uns wie auf seine lieben Ententegenossen ausgeübt werden. Vor dem entscheidenden Auftreten des britischen Vertreters ist er zurückgewichen — wenn auch nur bis zu einer Linie, die ihm jederzeit wieder erlauben kann, den jetzt gelübten Verzicht rückgängig zu machen. Denn was man Deutschland gewährt hat, ist lediglich ein zeitlicher Nachlaß, eine Stundung von Forderungen, die jetzt ohnehin unter gar keinen Umständen beizutreiben wären. Die deutsche Regierung soll statt dessen Schatzscheine in Höhe der während der nächsten Monate fällig werdenden Beträge, insgesamt 270 Millionen, ausstellen und sie der belgischen Regierung übergeben, da diese es ist, die auf die nächsten Zahlungen des deutschen Schuldners Anspruch zu machen hat. In welcher Weise aber Belgien sich für den Nachschub dieser Zahlungen sichern will, das bleibt weiteren Verhandlungen zwischen ihr und der deutschen Regierung vorbehalten. Der Reparationsauschuss seinerseits hat nur für den Fall, daß diese Verhandlungen zu keiner Einigung führen sollten, die Hinterlegung von Gold bei einer ausländischen Bank vorgeschlagen, im übrigen aber den Beschluß über das Stundungsgesuch Deutschlands hinausgeschoben, bis er den Plan einer radikalen Reform der öffentlichen Finanzen Deutschlands fertiggestellt haben werde.

Als Ziel dieses Planes wird das Gleichgewicht unseres Budgets, die Herabsetzung unserer aus-

wärtigen Schulden zur Wiederherstellung des deutschen Kredit — dies jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die beteiligten Regierungen vorher ihre Zustimmung dazu gegeben haben! — Währungsreform und Aufnahme äußerer wie innerer Anleihen bezeichnet. Und als Ausgangspunkt ihrer ganzen Entscheidung wird die Tatsache festgestellt, daß Deutschland jeden Kredit nach innen und außen verloren hat und daß die Mark auf drei Tausendstel ihres Wertes gefallen ist. Aus einer solchen Erkenntnis hätte jeder andere, nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten urteilende Gläubiger unbedingt in das erbetene Moratorium willigen müssen. Der Reparationsauschuss hat sich, in seiner Mehrheit von politischer Erwägungen geleitet, nur mit äußerstem Widerstreben zu den allermildesten Zugeständnissen bewegen lassen und so gerade nur für den Augenblick eine *Trêve* zustande gebracht, unbekümmert darum, wie sich die Lage nach wenigen Wochen oder Monaten gestaltet haben wird. Man darf nicht eines übertriebenen Pessimismus geziehen werden, wenn man befürchtet, daß die fortwährende Ungewißheit über unsere Zukunft die wirtschaftliche Lage des Reiches auch weiterhin noch ungünstig beeinflussen muß, so daß die Entente, wenn die in Gold einzulösenden Schatzscheine nach sechs Monaten fällig werden, uns vielleicht noch weniger instande finden wird, sie einzulösen als jetzt.

Die augenblickliche Erleichterung, die uns zuteil wird, scheint freilich fürs erste einen Rückgang der Devisenkurse herbeiführen zu wollen. Ob er aber anhalten wird, ist eine offene Frage. Es liegen zu viel ungünstige Faktoren vor, als daß man schon von der letzten Entscheidung der Reparationskommission eine wirkliche und dauernde Beruhigung der allgemeinen Lage erwarten könnte.

### Die Auffassung bei uns und draußen.

In Berliner politischen Kreisen sieht man der Entscheidung der Reparationskommission der Sachlage entsprechend ziemlich zurückhaltend gegenüber. Es ist natürlich zu begrüßen, daß neue gewaltsame Erschütterungen für den Augenblick vermieden sind, aber alles weitere hängt davon ab, ob Belgien bei den bevorstehenden Sonderverhandlungen über die Sicherheiten für die verlangten Schatzscheine vernünftige und erröckliche Bedingungen bewilligt. Direktor Urbig von der Disconto-Gesellschaft äußerte, die Idee, die von belgischer Seite zuerst auftrat, daß die D-Banken eine Garantie für die Summen in Schatzscheinen aufbringen sollten, sei überholt. Wenn das Reich nicht in der Lage sei, die Goldsumme aufzubringen, wie sollten dann die Großbanken diese Summen garantieren? Daher glaubt Direktor Urbig nicht, daß man jetzt noch einmal mit dieser Forderung auftreten würde.

Der Kanzler und die Parteiführer sind in Beratungen über die neue Situation eingetreten, auch der Überwachungsausschuss des Reichstages ist zusammengetreten, um die politische Lage zu besprechen. Man wird jedoch erst nach der Rückkehr des Staatssekretärs Schröder aus Paris zu Beschlüssen kommen können. Als besonders wichtig sieht man in politischen Kreisen ferner die Feststellung der Reparationskommission an, welche die Herabsetzung der auswärtigen Schuldenlasten Deutschlands für notwendig erachtet. Hierin ist die Ankündigung einer neuen Konferenz zu erblicken mit dem Ziele der Herabsetzung der deutschen Schuldenlasten; also ein bedeutender Fortschritt.

### Französische Stimmen.

Zu der Geneigtheit Poincarés, der Entscheidung der Kommission zuzustimmen, hat vermutlich die in den letzten Tagen einsetzende Entwertung des französischen Franc beigetragen; er ging von 45 auf 40 herunter. Das bedeutet für die französische Wirtschaft ein sehr ernstes Sturzzeichen. Der belgische Franc hat die Verbundenheit mit dem Falle der Mark noch härter gezeigt. Die Entscheidung der Kommission wird in französischen politischen Kreisen in allermeisten Fällen begrüßt. Die Auffassung geht dahin, daß sie in den wesentlichsten Punkten den von Poincaré häufig vertretenen Forderungen entspricht.

### Die Meinung Bradburys.

In einer Unterredung mit dem Pariser Berichtskorrespondenten der Times erklärte Bradbury, obwohl er im Interesse des deutschen Kredits einen unbedingten Anschlag vorgezogen hätte, so sei doch, wenn die notwendigen Vereinbarungen erzielt werden könnten, die für dieses Jahr notwendige Erleichterung gewährt. Es würde bebaubarer sein, wenn es notwendig wäre, Gold in ausländischen Banken, in Kopenhagen oder Bern, zu deponieren. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde dies vorkommen. Er hoffe, daß die Abmachungen mit Belgien keine große Beanspruchung der deutschen Goldreserve bedeuten würden.

### Papiergeld in Rationen.

Milliardensfabrikation mit Hochdruck.

s. Berlin, 2. September.

In all den diesen Räten, unter denen wir gegenwärtig zu leiden haben, ist überflüssigerweise noch eine neue hinzugekommen: die Zahlungsmittelnot. Rot an Zahlungsmitteln dürften die meisten Deutschen zwar schon seit langem haben, denn wer besäße in diesen merkwürdigen Zeiten, in denen der Welt Ende gekommen zu sein scheint, Mittel genug, um alles, was er brauchen könnte, bezahlen zu können, aber bei der derzeitigen Zahlungsmittelnot handelt es sich um anderes.

Man hat so lange von einer Papiergeldinflation gesprochen, daß in jedermann der Glauben erweckt werden mußte, wir erlitten geradezu in Banknoten, und nun stellt sich plötzlich heraus, daß wir noch lange nicht Papier genug auf den Geldmarkt geworfen haben. Als vorgestern, am Monatsende, besonders starke Geldansprüche an die Reichsbank und an die andern Großbanken gestellt wurden, erwies sich der Bestand an Zahlungsmitteln als so knapp, daß man ihn, um einigermassen zu Rande zu kommen, rationieren mußte, wie man ehemals Zucker, Brot, Butter usw. rationiert hat. Die Reichsbank gab den Banken nur einen geringen Prozentsatz der angeforderten Summen; die Banken, die das Geld an Großhandelsfirmen, Warenhäuser und Detailgeschäfte weiterzugeben hatten, mochten zusehen, wie sie mit ihrer „Rundschau“ fertig wurden. Daß jemand, weil ihm „feine“ Bank nicht genug Geld geben konnte, ihr etwa die Freundschaft kündigen und seinen Geldbedarf bei der „Konkurrenz“ decken würde, war jedenfalls nicht zu befürchten, denn die Konkurrenz hatte auch nichts. Und was man bei früheren Rationierungen erlebt hat, erlebte man auch diesmal: die geldhungrigen Leute „standen“ in langen Reihen — der Berliner nennt das: „Polonäsen“ — vor den Bankgebäuden „auf Banknoten“, wie man sich in den Jahren des Unheils vor den Schlächterläden aufstellte, um einen — Happen Fleisch zu ergattern. Die Banken griffen hier und da zu ungewöhnlichen Hilfsmitteln, um dem Ansturm gewachsen zu sein: mehr als eine pumpte ihre eigenen Depotsunden an und holte sich hinterlegtes Bargeld aus den Safes, um einen Ausweg aus der Zahlungskalamität zu finden.

In nicht geringer Schwere gerieten unter solchen Umständen besonders die vielen Ausländer, die jetzt Deutschland überflutet sind und zumal in der Reichshauptstadt eine dominierende Rolle spielen, allseitsviel sie viel Geld unter die Leute bringen. Wenn sie an den Bankhallen erschienen, um ihre hohen Schecks einzulösen, mußten sie meist mit langen Gesichtern abziehen, denn es wurde ihnen mehr als einmal bedeutet, daß besagte Schecks zwar sehr achtungswert seien, aber „momentan“ nicht gegen Bargeld eingetauscht werden könnten, bares Geld nur in kleinen Dosen verabreicht werden könne. In vielen Fällen begnügten sich die Herren Ausländer dann auch mit Abschlagszahlungen, um wenigstens aus augenblicklichen Verlegenheiten herauszukommen.

Was ist nun der tiefere Grund dieser großen Zahlungsmittelknappheit? Das ist bald gesagt: „der“ tiefere Grund sind eigentlich drei tiefere Gründe, deren einen, die starken Geldansprüche am Monatsende, wir bereits erwähnt haben. Als zweiten dieser Gründe hat man den Buchdruckerstreik, unter dem Berlin vor mehreren Wochen zu leiden hatte, anzusehen. Dieser Streik dehnte sich auch auf die Reichsdruckerei aus, und die Folge war, daß ein paar Tage lang nicht einmal ein kumpiger Laufendmarkt-schein gedruckt werden konnte. Dafür wird jetzt „mit Hochdruck gedruckt“, bei Tag und bei Nacht, in Sonntags- und Überstunden, und wir werden das notwendige Geld schon bald wieder beisammen haben, wenn es nicht — und damit kommen wir zum dritten und letzten Grunde der Geldmisse — sofort wieder „geharnischt“ und ins Ausland verschleppt wird. Es gibt nämlich kuriose Leute, die blaue und braune Lappen sammeln, wie andere sich eine Briefmarken- oder Schmetterlingsammlung zulegen. Wohl dem, der's kann, aber wir andere, die wir's nicht können — und das sind wohl die meisten — haben darunter zu leiden. Nachdem sie uns unsere Textilwaren, unsere Klaviere, unsere Schreibmaschinen weggekauft